

Antrag der AfD-Ratsfraktion		2293/18 öffentlich
Antrag der AfD zur Gewährleistung der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadt Salzgitter		
Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Zuständigkeit
(Ö) Beirat für Menschen mit Behinderungen	21.09.2023	zur Kenntnis
(Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit	04.10.2023	Beschlussvorbereitung
(Ö) Ortsrat der Ortschaft Nord	01.11.2023	zur Kenntnis
(N) Verwaltungsausschuss	14.11.2023	Beschlussvorbereitung
(Ö) Rat der Stadt Salzgitter	29.11.2023	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Salzgitter beantragt, dass die Verwaltung der Stadt Salzgitter, bei zukünftigen Planungen von Ausschusssitzungen und anderen politischen Veranstaltungen verstärkt darauf geachtet wird, dass die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen gewährleistet ist.

Konkret schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. **Barrierefreier Transport:** Es muss sichergestellt werden, dass ein barrierefreier Transport für Menschen mit Behinderungen zu den Veranstaltungsorten vorhanden ist. Hierbei sollten sowohl die zeitliche Abstimmung als auch die Zugänglichkeit der Transportmittel berücksichtigt werden.
2. **Zeitliche Planung:** Die Planung von politischen Veranstaltungen sollte so gestaltet werden, dass Menschen mit Behinderungen genügend Zeit haben, um pünktlich am Veranstaltungsort zu erscheinen, ohne eine übermäßige zeitliche Belastung zu erfahren.
3. **Alternative Kommunikationswege:** Falls eine physische Anwesenheit nicht möglich ist, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass Menschen mit Behinderungen auf alternative Weise an den politischen Veranstaltungen teilnehmen können, beispielsweise durch Videokonferenzen oder andere virtuelle Plattformen.
4. **Sensibilisierung und Schulung:** Die Mitglieder der Verwaltung sowie aller politischen Gremien sollten für die Bedürfnisse und Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert werden. Schulungen könnten dazu beitragen, das Bewusstsein für diese Thematik zu schärfen.

Sachverhalt:

Es ist von großer Bedeutung, dass Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt an der politischen Arbeit teilnehmen können. Eine inklusive Gesellschaft erfordert die aktive Beteiligung aller Bürger, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und Einschränkungen.

Wir bitten Sie daher dringend, die oben genannten Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen, um sicherzustellen, dass auch Menschen mit Behinderungen ihr Mandat in politischen Gremien ausüben können. Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen nicht nur die politische Teilhabe fördern, sondern auch zu einer inklusiveren und gerechteren Gesellschaft beitragen werden.

Anlage/n

Keine

gez. Patricia Mair